

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postämter. Für Vereinsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 1.- 21.
Arbeitervermittlungen 2.- 22.
Verbandsanzeigen 75 Pf.

Die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie.

Die Arbeitslosigkeit nimmt in Deutschland einen immer größeren Umfang an, und auch in der Holzindustrie wächst die Zahl der Arbeitslosen unheimlich. Der Abstieg vom lebhaften Geschäftsgang zur schwersten Krise vollzog sich in unserer Industrie mit überraschender Pflöchlichkeit. Längere Zeit hindurch blieb die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie erheblich unter dem Reichsdurchschnitt aller Gewerbe, nun müssen wir mit einer Arbeitslosigkeit rechnen, die den Reichsdurchschnitt ganz beträchtlich überschreitet. Die monatlichen Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit ergaben, daß in den ersten vier Monaten dieses Jahres jeweils etwa 1,4 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos waren. Ende Mai stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 3,16 Prozent, Ende Juni auf 7,01 Prozent, und es muß damit gerechnet werden, daß die folgenden Erhebungen noch weit ungünstigere Ergebnisse zeitigen werden.

Die monatlichen Arbeitslosenzählungen ergeben aber noch kein volles Bild von dem Beschäftigungsgrad. Durch die Verordnung vom 3. September 1919, die später durch die Verordnung vom 12. Februar 1920 ersetzt wurde, können die Unternehmer bei Geschäftsrückgang nicht mehr ohne weiteres überflüssige Arbeiter entlassen, sondern sie müssen zuvor die regelmäßige Arbeitszeit verkürzen. Neben den völlig Arbeitslosen muß man auch mit den Arbeitern rechnen, die bei verkürzter Arbeitszeit und somit in der Regel für verminderten Lohn arbeiten. Für die Beurteilung der Geschäftslage ist es von großer Bedeutung, die Zahl dieser Kurzarbeiter zu kennen. Deren Feststellung ist aber weit schwieriger als die der völlig Arbeitslosen.

Unser Verband hat in dieser Hinsicht eine Erhebung veranstaltet, bei welcher der 7. Juni als Stichtag angenommen wurde. Bei dieser Erhebung, deren vorläufige Ergebnisse nun vorliegen, wurden im ganzen Reich 18.029 Betriebe mit 261.914 Arbeitern erfaßt, und außerdem wurden 18.435 Arbeitslose gezählt. Diese Zahlen lassen erkennen, daß nur ein Teil des zu erforschenden Gebiets erfaßt wurde. Das ist ein Mangel, mit dem jede private Erhebung rechnen muß. Aber immerhin sind die gewonnenen Zahlen groß genug, um aus ihnen Schlüsse zu ziehen. Nachstehend geben wir das Ergebnis für die einzelnen Gauen:

Gau	Zahl der erfaßten		Vertüzt wurde		Arbeitslos waren am	Auf 100 Beschäftigte kamen Arbeitslose am
	Se-triebe	mit Ar-beitern	in Se-trieben	mit Ar-beitern		
Danzig	657	8903	37	1548	17,4	111
Stettin	583	7091	40	902	12,7	51
Breslau	1239	17838	144	4231	23,7	134
Berlin	1164	20981	412	8023	38,2	1514
Brandenburg	915	13885	102	3161	22,8	88
Dresden	837	19957	225	8304	41,6	155
Leipzig	1888	33911	207	8299	24,5	38
Erfurt	809	14086	120	4059	28,8	58
Magdeburg	815	9836	68	2092	20,2	40
Hamburg	1676	17031	314	4788	28,1	204
Hannover	1374	20140	174	6008	29,8	79
Düsseldorf	1818	19889	152	3932	19,8	51
Frankfurt	1636	18085	220	4875	26,7	70
Mürnberg	819	6743	57	1544	22,9	201
München	1249	12762	69	1731	13,6	107
Stuttg.	826	19755	152	6257	31,7	56
Insgesamt	18029	261914	2502	69714	26,6	3451

Bon den insgesamt erfaßten 18.029 Betrieben arbeiteten 2502 oder 13,9 Prozent verkürzt. In Gaun waren 69.714 oder 26,6 Prozent aller Arbeiter beschäftigt. Außerdem waren am 7. Juni 18.435 Arbeiter völlig arbeitslos, das heißt, neben je 100 überhaup Beschäftigten wurden 7 Arbeitslose gezählt; am 1. April 1920, wo die Krise noch nicht merklich in Erscheinung getreten war, wurden nur 1,3 Arbeitslose neben 100 Beschäftigten gezählt.

In den verschiedenen Gaun waren die Verhältnisse recht unterschiedlich. Am schlimmsten sieht es im Gau Berlin aus, der nur die Hauptstadt Berlin umfaßt. Hier hatten wir neben 100 Beschäftigten 23,8 Arbeitslose und von den Beschäftigten arbeiteten 28,2 Prozent verkürzt. Im Gau Dresden war die Zahl der Arbeitslosen zwar verhältnismäßig nicht sehr groß, aber nicht weniger als 41,6 der Beschäftigten arbeiteten verkürzt. In den Gaun Hamburg und Hannover machten sowohl die Zahl der verkürzt Arbeitenden als auch die der Arbeitslosen den Gesamtdurchschnitt ganz beträchtlich. Aber auch in den Gaun, die verhältnismäßig günstige Arbeitslosenzahlen aufweisen, ist die Zahl der Kurzarbeiter recht beachtlich, und die Zahl der Arbeitslosen war am 7. Juni ganz bedeutend höher als am 1. April.

In der nachfolgenden Übersicht ist das gleiche Zahlenmaterial nach den verschiedenen Gewerbebezügen geordnet. Hierbei ist nicht die Person der Arbeiter, sondern der Betrieb das maßgebende. So sind unter Tischlerei alle in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter, also z. B. auch die Drechler und die Bildhauer mitgezählt. In den gemischten Betrieben, wie Waggonfabriken, Maschinenfabriken usw., sind nur die

Holzarbeiter gezählt. In der Rubrik „Maschinenfabriken“ sind die in solchen Betrieben beschäftigten Holzarbeiter einschließlic der Modellmacher gezählt, dagegen sind die reinen Modellfabriken unter „Diverse“ rubriziert worden. Hier sind auch die selbstständigen Bildhauerereien, die Holzbiegereien, Holzwerkzeugfabriken usw. untergebracht; also recht verschiedenartige Betriebe, die aber je nur mit einer geringen Zahl von Arbeitern vertreten sind. Deshalb ist auch diese Sammelrubrik zu Vergleichszwecken nicht sehr geeignet.

Gewerbe- zweig	Zahl der erfaßten		Vertüzt wurde		Arbeitslos waren am	Auf 100 Beschäftigte kamen Arbeitslose am
	Se-triebe	mit Ar-beitern	in Se-trieben	mit Ar-beitern		
Tischlerei	12035	120430	1601	36996	30,7	2571
Musikinstr.	454	18184	102	6506	35,8	128
Korbmacherei	459	6309	52	1329	21,1	54
Büstenmach.	566	9742	103	2563	26,3	51
Eisfabriken	234	7901	66	2336	29,6	16
Waggonfabr.	57	8725	7	223	2,6	32
Stellmacherei	807	6516	31	1032	16,1	82
Stroh- und Schirmmach.	151	3785	25	486	12,8	26
Vergolderei u. Leistenfabr.	208	3404	51	1135	42,2	54
Sägerei, Holzbearbeitung	1889	44284	177	7263	16,4	278
Wersten	46	3262	1	2	0,0	30
Kammacherei	97	3324	67	2190	65,9	40
Knopfmacherei	39	2618	6	155	7,1	6
Schwarzwarenfabr.	199	7005	65	2292	32,7	14
Schuhfabr.	14	1263	10	884	61,6	181
Textilfabr.	7	189	3	119	63,0	4
Drechlerei	135	2052	33	1217	59,2	4
Maschinenfabr.	169	2866	25	393	13,7	38
Landw. Masch.	26	649	15	508	78,3	21
Rüstmacherei	42	816	11	154	19,9	8
Diverse	395	8497	52	1681	17,7	36
Insgesamt	18029	261914	2502	69714	26,6	3451

Nach dieser Zusammenstellung ist der Geschäftsgang in den Waggonfabriken und Wersten verhältnismäßig am günstigsten. Nur in wenigen Betrieben wird verkürzt gearbeitet, und die Zahl der Arbeitslosen ist gering. In den Sägereien und Holzbearbeitungsfabriken, die ein verhältnismäßig großes Kontingent stellen, ist der Geschäftsgang auch noch beträchtlich günstiger als der Durchschnitt. Schlimmer sieht es in den Tischlereien aus, wo 30,7 Prozent der Beschäftigten verkürzt arbeiten und die Zahl der Arbeitslosen von 21 Prozent am 1. April auf 10,9 Prozent am 7. Juni emporgestiegen ist.

In sehr starkem Maße wird mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet in den Musikinstrumentenfabriken, den Stuhlfabriken, den Holzwarenfabriken, den Drechlereien und den Vergoldereien und Leistenfabriken. In all diesen Berufszweigen ist auch die Zahl der Arbeitslosen seit dem 1. April stark angewachsen, am wenigsten allerdings bei den Vergoldern und Leistenarbeitern. Zieht man die Zahl der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen in Betracht und vergleicht die letztgenannten Gewerbebezüge mit der Tischlerei, dann gewinnt es den Eindruck, als ob die Unternehmer in der Tischlerei weit weniger darauf bedacht sind, sich ihre Arbeiter zu halten, als die Betriebsinhaber in den anderen Berufszweigen. Dieses Bemühen scheint in den Vergoldereien und Leistenfabriken besonders stark zu sein; hier ist der Durchschnitt der Kurzarbeiter stark übergritten, dagegen ist die Zahl der Arbeitslosen verhältnismäßig sehr niedrig.

Wenn man von der Notlage in der Holzindustrie spricht, hat man gewöhnlich nur die stärker vertretenen Berufszweige, vor allem die Tischlerei im Auge. Unsere Zusammenstellung zeigt, daß bei verschiedenen der sogenannten kleinen Branchen der Notstand noch viel größer ist als in der Tischlerei. So ist in der Schuhleistenfabrikation und in der Parterrefabrikation der Abstieg ganz gewaltig; am schlimmsten ist aber die Lage in der Kammacherei und Haarschmiedindustrie. Die Arbeitslosigkeit ist hier binnen zwei Monaten von 1,2 auf 18,9 Prozent gestiegen, und nahezu zwei Drittel der noch Beschäftigten arbeiten verkürzt. Nicht merkwürdig berührt das Ergebnis in der Fabrikation von Landwirtschastliche Maschinen. Hier hat die Arbeitslosigkeit, die am 1. April über dem Durchschnitt stand, nur eine geringe Steigerung erfahren, aber 78,3 Prozent der Beschäftigten arbeiten verkürzt. Diese Tatsache ist um so auffällender, als man doch annehmen sollte, daß gerade in landwirtschaftlichen Maschinen noch ein starkes, unbefriedigtes Bedürfnis vorhanden ist.

So bietet die vom Verbandsvorstand aufgenommene Beschäftigungsstatistik, die übrigens auch noch anderer Richtung hin verarbeitet wird, ein Material, das zur Beurteilung der Verhältnisse in der Holzindustrie sehr wertvoll ist. Hier sei noch kurz auf ein Moment hingewiesen, das jedoch mit dem Problem der Arbeitslosigkeit nicht in unmittelbarem Zusammenhang steht, nämlich die Betriebsgröße. Bei den erfaßten Betrieben kommen im Durchschnitt 14,5 Arbei-

ter auf einen Betrieb. Diese Durchschnittszahl wird jedoch stark herabgedrückt durch die Tischlerei, wo nur durchschnittlich zehn Arbeiter auf den Betrieb kommen; auch in der Stellmacherei kommen nur 8,1 Arbeiter auf den Betrieb. In den übrigen Gewerbebezügen wird der Durchschnitt zum Teil sehr beträchtlich überschritten. Läßt man die Tischlerei außer Betracht, dann kommen auf jeden Betrieb im Durchschnitt 23,6 Arbeiter. Dieser Durchschnitt steigt in der Musikinstrumentenindustrie auf 40, in der Korbmacherei auf 67,1, auf den Wersten beträgt er 70,9 in den Schuhleistenfabriken 97,8 und in den Waggonfabriken gar 153. Dieses Ergebnis läßt darauf schließen, daß die Betriebskonzentration in der Holzindustrie größere Fortschritte gemacht hat. Allerdings ist auch die Deutung zulässig, daß bei der Erhebung die größeren Betriebe in stärkerem Maße erfaßt wurden. Doch ist das nur eine beiläufige Betrachtung, die für die Wertung des eigentlichen Ergebnisses der Statistik nicht weiter in Betracht kommt.

Das wichtigste Ergebnis ist die zahlenmäßige Feststellung, daß sich die Holzindustrie, und zwar fast in allen ihren Zweigen, in einer schweren Notlage befindet. Unheimlich wächst das Heer der Arbeitslosen, und die große Zahl derer, die verkürzt arbeiten, berechtigt zu der Befürchtung, daß die Arbeitslosigkeit bald noch einen weit größeren Umfang annehmen wird. In der Tat lehrte ja auch der Augenschein, daß die Arbeitslosigkeit seit der Erhebung am 7. Juni stark Fortschritte gemacht hat und ihr Höhepunkt noch nicht erreicht ist. Die Ergebnisse unserer Erhebung sind eine starke Mahnung für die Ergreifung energischer Maßnahmen, um der überhandnehmenden Arbeitslosigkeit zu steuern.

Span.

Das Ergebnis der zwischen den Vertretern Deutschlands und der Entente in den Tagen vom 5. bis 16. Juli in Spa gepflogenen Verhandlungen hat die hochgepannten Hoffnungen, die daran geknüpft worden waren, stark enttäuscht. Es handelte sich um die Durchführung des Friedensvertrages von Versailles. In Versailles waren die Vertreter Deutschlands als Angeklagte behandelt worden, die man ungehört verurteilt hat. Ihnen wurde das graufame Dokument des harten Siegerwillens zur widerspruchslosen Anerkennung vorgelegt. Obwohl kein Zweifel darüber bestand, daß die Feststellungen der Weltbeherrscher zum Teil unwar und die Deutschland auferlegten Verpflichtungen in erheblichem Umfang unausführbar waren, mußte dieser sogenannte Friedensvertrag unterzeichnet werden, um noch größeres Unheil von Deutschland fernzuhalten.

Die Verhandlungen in Spa brachten infolgedessen einen Fortschritt, als den Vertretern Deutschlands gestattet wurde, am gleichen Konferenztag mit den Vertretern der feindlichen Mächte zu sitzen. Sie durften sogar mitreden, ihre Ansichten äußern, Einwendungen erheben, Gegenvorschläge unterbreiten; kurz, sie wurden äußerlich als gleichberechtigt anerkannt. Aber schließlich ließen die Vertreter der Entente die Mäste fallen. Sie legten das Urteil, das sie unter sich vereinbart hatten, vor, und unter sehr vernehmlichem Knarren des vorzuchaltenden Revolvers wurde die deutsche Unterschrift erpreßt.

Die Besprechung der Art, wie Deutschland in stand gefeßt werden kann, die durch den Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, war der Hauptzweck der Konferenz in Spa. Zur Erledigung dieser Hauptaufgabe ist man aber noch gar nicht gekommen. Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit der Durchführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages. Hier ist Deutschland allerdings stark in Verzug. Die Reichswehr ist noch viel stärker, als sie vertragsmäßig sein sollte. Von deutscher Seite hat man sich in Spa große Mühe gegeben, zu erreichen, daß die Erhaltung einer stärkeren Armee zugestanden werde, als der Vertrag vorsieht. Diese Energie wäre zweckmäßiger an anderer Stelle angewendet worden, denn im deutschen Volk findet das Streben nach Aufrechterhaltung einer erheblichen Truppenmacht keinen Rückhalt. Die in den Händen realer Führer befindliche Reichswehr hat sich so gründlich verhaft gemacht, daß man nur wünschen kann, von diesem Ubel erlöst zu werden.

Nach der von den Alliierten angelegten Erklärung, die von den deutschen Vertretern unterschrieben werden mußte, ist Deutschland verpflichtet, die Einwohnerwehren und die Sicherheitspolizei sofort zu entwaffnen. Die Ablieferung aller in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen muß sofort, unter Androhung wirksamer Strafen gefordert werden; die über den zulässigen Mengen vorhandenen Waffen und Kriegsgüter müssen zum Zweck der Fortführung ausgeliefert werden. Die Reichswehr, die vertragswidrig noch 200.000 Mann umfaßt, muß bis zum 1. Oktober d. J. auf 150.000, und bis zum 1. Januar 1921 auf 100.000 Mann reduziert sein. Bis zum 1. Oktober d. J. muß die neutrale Zone von Grenzflüssen geräumt, und schließlich müssen wirksame Maßnahmen zur Verhütung des Waffenschmuggels ergriffen werden. Wenn diese Verpflichtungen nicht pünktlich erfüllt werden, behalten sich die Alliierten vor, neue Teile Deutschlands, insbesondere das Ruhrgebiet, zu besetzen.

Diese Drohung wirkt außerordentlich verhängnisvoll, denn sie wäre zu verhüten gewesen, wenn mit der Auflösung des Reiches rechtzeitig Ernst gemacht worden wäre. Es ist be-

hat man geduldet, daß die Reichswehr zu einem Machtmittel in Händen monarchistischer Offiziere ausgehakt wurde, und daß sie geradezu zu einer Gefahr für den Bestand der Republik geworden ist. Ob sich aus der Vergrößerung der Reichswehr und der Entwässerung der Einwohnerebenen noch Komplikationen ergeben, läßt sich noch nicht übersehen. Manche Einzelheiten deuten darauf hin, daß sehr intensiv auf einen neuen Militärputsch hingearbeitet wird, und die Erklärung der bayerischen und der württembergischen Regierung, wonach sie ihre Einwohnerwehren erhalten wollen, klingen recht bedrohlich. Würden sie wehrgemacht, dann könnten die Franzosen daraus den Anlaß zu dem von ihnen erhofften Einmarsch in das Ruhrgebiet herleiten. Die Drohung mit diesem Einmarsch ist zwar eine effektive Verletzung des Versailleser Vertrages, aber unsere Freunde zögern nicht, an die Stelle des Rechts die Macht zu setzen. Führen sie ihre Drohung aus, dann würden daraus für Deutschland unabsehbare Folgen entstehen.

Droht diese Gefahr schon aus der Entwässerungsfrage, so in weit höherem Maße aus der deutschen Verpflichtung zur Kohlenlieferung. Die im Friedensvertrag stipulierte Pflicht, monatlich 3 1/2 Millionen Tonnen Kohlen abzuliefern, war unumgänglich zu erfüllen. Die höchste bisher in einem Monat abgeführte Menge betrug 962 000 Tonnen im Monat Mai, in den vorausgegangenen Monaten blieb die Lieferung weit hinter dieser Menge zurück. Jetzt hat sich Deutschland verpflichtet, vom 1. August an sechs Monate lang monatlich 2 Millionen Tonnen an die Alliierten abzuliefern. Diese Mengen sollen zum Inlandspreis geliefert werden, der bedeutend niedriger ist als der Weltmarktpreis. Sie werden aber nicht bar bezahlt, sondern auf das Wiedererstattungskonto angerechnet. Nur 5 Goldmark pro Tonne werden bar gezahlt und sollen zur Anschaffung von Ruhrungsmittelein für die Bergarbeiter verwendet werden. In dem von den deutschen Delegierten erpreßten Dokument ist gesagt, daß, wenn am 15. November festgesetzt werden sollte, daß in den vorausgegangenen drei Monaten nicht 6 Millionen Tonnen abgeliefert wurden, die Alliierten das Recht haben, das Ruhrgebiet zu besetzen. Den deutschen Vertretern ist zwar gestattet worden, bei ihrer Unterschrift einen Vermerk zu machen, durch den sie für diesen Punkt nicht eintreten. Praktisch ist das aber bedeutungslos. Die Alliierten haben angekündigt, daß sie sich das Recht vorbehalten, und sie haben die Macht dazu.

Um die Bedeutung der eingegangenen Verpflichtung zu würdigen, sind ein paar Zahlen interessant. Im Jahre 1913 betrug die deutsche Kohlenförderung 191 1/2 Millionen Tonnen. Davon sammelten 60,22 Prozent aus dem Ruhrgebiet, 3,95 Prozent aus dem Saarbezirk und 23,85 Prozent aus Oberschlesien. Das Saargebiet kommt für die deutsche Kohlenproduktion nicht mehr in Betracht, seitdem es von Frankreich besetzt ist. Im Ruhrgebiet und in Oberschlesien wurden im Jahre 1919 nur 108 Millionen Tonnen gefördert, und für 1920 rechnet man mit einer Steigerung auf 126 Millionen Tonnen. Wird von dieser Menge der Selbstverbrauch der Zechen, ferner der Bedarf für die Eisenbahnen, die Schiffahrt, für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte abgerechnet, dann bleiben für Hausbrand, Industrie und Landwirtschaft 71 1/2 Millionen Tonnen, während im Jahre 1919 für den gleichen Zweck innerhalb der deutschen Grenzen Deutschlands 83,7 Millionen Tonnen zur Verfügung standen. Nun haben wir aber auch nach Skandinavien, Holland und der Schweiz Kohlen ausgeführt als Gegenwert für Waren aus diesen Ländern, die wir notwendig brauchen. Stellt man für diese Ausfuhr nur 6 Millionen Tonnen in Rechnung und dann die 2 Millionen für andere Wirtschaftszwecke, dann sind nur 65,7 Millionen Tonnen, das ist weniger als die Hälfte des Verbrauchs vom Jahre 1913. Hierbei sind aber die 10 Millionen Tonnen Ergänzung aus Oberschlesien mitgerechnet. Mehrere ist uns jedoch die Verfügung genommen. Der von den hindischen Mächten eingeführte Handelsvertrag stellt die oberste Grenze dar, daß nur verhältnismäßig kleine Mengen aus Deutschland kommen. In Spaa wurden in der Hauptsache Verprechungen gemacht, die aber so unbestimmt lauten, daß sie die Alliierten zu nichts verpflichten.

Das Kohlenabkommen von Spaa ist ein furchtbarer Schlag für unser Wirtschaftsleben. Unserer Industrie wird die Menge entzogen, Arbeitslosigkeit, Not und Elend werden weiter wachen. Und dazu kommt, daß im nächsten Winter noch mehr frieren als jetzt. Die Kohlenförderung des Damokloberes der Ruhr, welche die Ruhrgebiete über unsern ganzen Staat hinweg diese Notwendigkeit wenig nützt, denn die deutschen Kohlen werden zum Verkauf so billig zu angeboten, daß sie den Widerstand entgegenstellen; aber die Kohlenförderung aus Oberschlesien zusammenbruch und die Wirtschaft in Deutschland führen.

Die Bedeutung der Kohlenförderung hat erklärt, daß eine Erhöhung der Kohlenförderung, welche bei durch stärkere Exportförderung und unter der Bedingung der Entschärfung der Schieferung der Kohlen, zu erreichen ist, aber in erheblicher Weise zu erreichen ist. Wenn die Kohlenförderung der Ruhrgebiete, welche die Ruhrgebiete über unsern ganzen Staat hinweg diese Notwendigkeit wenig nützt, denn die deutschen Kohlen werden zum Verkauf so billig zu angeboten, daß sie den Widerstand entgegenstellen; aber die Kohlenförderung aus Oberschlesien zusammenbruch und die Wirtschaft in Deutschland führen.

wie das Geld aufgebracht werden soll, wenn man im Begriff ist, das Ruhrgebiet zu schlechten, von dem man die goldenen Eier erwartet. Die Konferenz in Spaa soll im September in Genf fortgesetzt werden; dort will man sich über die Wiedergutmachung unterhalten. Sollte in Genf in dem gleichen Geiste verhandelt werden wie in Spaa, dann würde das den Ruin Deutschlands beschleunigen. Deutschlands Zusammenbruch würde aber den Sieger notwendig nach sich ziehen. Ob man aus dieser Erkenntnis in Genf die Konsequenzen ziehen wird, das ist eine Frage, die man nach den Erfahrungen von Spaa keineswegs mit Zuversicht bejahen kann.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Infolge der eingetretenen Wirtschaftsknotung haben die gesetzlichen Bestimmungen über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 erhöhte Bedeutung bekommen. Nach diesen Bestimmungen darf ein Arbeitgeber erst zu Entlassungen schreiten, wenn er zuvor durch Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 24 Stunden wöchentlich eine Streckung der Arbeit vorgenommen hat. Die Methode der Arbeitszeitverkürzung ist verschieden. Teilweise wird die tägliche Arbeitszeit herabgesetzt, in anderen Betrieben fallen in jeder Woche einige Tage aus, und wieder in anderen Betrieben wird abwechselnd eine Woche gearbeitet und die andere gejeitert.

Die Wirkung auf die Arbeiter hinsichtlich des Lohnausfalls ist aber die gleiche, ob nun eine Woche um die andere ausgefällt oder ständig halbe Tage resp. halbe Wochen gearbeitet wird. Nichtsdestoweniger sind an den Vorstand Anträge gelangt, wonach im ersteren Falle, wenn also das Aussehen sich über eine ganze Woche erstreckt, Arbeitslosunterstützung gezahlt werden sollte. Der Vorstand kann solchen Anträgen nicht stattgeben, da das dem Statut widersprechen würde. Im § 35, Abs. 2 heißt es: „Vorübergehende Arbeitslosigkeit (Aussetzen) ist als Arbeitslosigkeit zu erachten, wenn sie ununterbrochen länger als eine Woche dauert.“ Nachdem kürzlich erst ein Verbandstag getagt hat, ohne diese Bestimmung zu ändern, schiebt der Vorstand sich nicht berechtigt, eigenmächtig eine solche Änderung vorzunehmen. Bei der großen und immer noch zunehmenden Arbeitslosigkeit wäre die Verbandskasse auch gar nicht in der Lage, neben den Kosten der statutarischen Arbeitslosenunterstützung auch noch über das Statut hinaus eine Unterstützung für Kurzarbeiter einzuführen. Wir erwarten von der Einsicht der Mitglieder und Verwaltungen, daß sie vom Vorstand und der Verbandskasse nichts Unmögliches verlangen.

Hinsichtlich der Beitragspflicht bei verkürzter Arbeitszeit bringen wir den § 12, Absatz 7 des Statuts in Erinnerung, der folgenden Wortlaut hat:

„Mitgliedern, welche infolge schlechter Konjunktur länger als drei Wochen nur halbe Tage oder halbe Wochen arbeiten können, kann auf ihren Antrag und mit Genehmigung des Verbandsvorstandes gestattet werden, daß sie während dieser Zeit nur jede zweite Woche einen Beitrag entrichten.“ Bei Unterlassungsanträgen kommt die Zahl der wirklich geleisteten Beiträge in Anrechnung. Beträgt die Arbeitslosenunterstützung weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit, so sind die Beiträge von zu entrichten.“

Die Voraussetzung für das Recht, nur jede zweite Woche einen Beitrag leisten zu müssen, ist also erst dann gegeben, wenn die Arbeitszeit auf die Hälfte oder weniger reduziert worden ist. Der Vorstand hat beschlossen, diese Bestimmung dahin auszulegen, daß in allen Zahlungen eine wöchentliche Arbeitszeit von 24 Stunden als die Hälfte der normalen anzusehen ist. Wo die Arbeitszeit noch mehr als 24 Stunden beträgt, nach den Bestimmungen des Statuts die volle Beitragspflicht erlöschen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 31. Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Juli ist spätestens bis zum 2. August an uns einzureichen. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatschluß ein.

Verlin S. 16, Am Kölnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Stellmacher.

Die allgemeine Geschäftsknotung macht sich jetzt auch in der Automobilindustrie in härterer Weise bemerkbar und scheint einen größeren Umfang annehmen zu wollen, als frühere Beobachtungen erwarten ließen. Obwohl unser geliebtes Verkehrsmittel arg abgemindert ist und die Herstellung von Wagen aller Art zur Bedingung des Verkehrs erwünscht erscheint, sehen wir jetzt das Gegenteil zur Wirklichkeit werden. Im Verein Deutscher Motorenfahrzeug-Industrieller wurde die fast völlige Störung im Absatz von Kraftwagen auf die behördlich erlassenen Einschränkungen des Automobilverkehrs zurückgeführt. Außerdem habe der Auslandsabfuhr vollkommen aufgehört, und weitere Absatzmöglichkeiten seien nicht gegeben. Es müsse demzufolge mit einer völligen Schließung der Betriebe gerechnet werden. Als Mittel, diesen Abstand zu steuern, wird die völlige Freigabe des Automobilverkehrs und die Aufhebung der Zwangsverwirtschaftung der Betriebsstoffe (Öle, Benzin usw.) gefordert. Die Freigabe sei die wesentlichste Voraussetzung zur Anregung der Kaufkraft im Inland. Es läßt sich zurzeit schwer übersehen, ob hier nicht etwas zu schwarz gemalt wurde und die Störung tatsächlich nur auf die angegebenen Ursachen zurückzuführen ist, oder ob Rüstzüge zurückgehalten werden.

Unsere Stellmacherkollegen sind natürlich stark daran interessiert, sich ihre Beschäftigungsmöglichkeit zu erhalten und auch ihrerseits den Ursachen nachzugehen. Sie sollen die örtlichen Verhältnisse, die zu Betriebsstörungen geführt

haben, zu erforschen suchen. Von dem Ergebnis ihrer Ermittlungen sollen die Sektionen aber auch Mitteilung an die Zentralkommission gehen lassen. Um über die allgemeine Lage in unserem Gewerbe unterrichtet zu sein, lassen wir den Sektionen in einigen Tagen Fragebogen zugehen, um deren pünktliche Beantwortung wir ersuchen. Auch von Orten, wo sich eine Sektion noch nicht gebildet hat oder ein Fragebogen nicht eintrifft, ist uns eine Mitteilung erwünscht.

Die Zentralkommission.
J. H. E. Fuhrmann, Berlin-Friedrichsfelde,
Walderseestraße 42.

Korrespondenzen.

Dresden. (Taubstumme Solgarbeiter.) Seit Anfang Februar haben sich die hiesigen taubstummen Kollegen zu einer Sektion zusammengeschlossen. Alle Monate finden Versammlungen statt, wo alle Berufsfragen besprochen werden. Das Amt eines hörenden Vorrats hat Kollege Reil übernommen, der alle Verbandsveranstaltungen besucht und uns dann darüber berichtet. Auf diese Weise ist eine enge Verbindung mit den gesunden Kollegen geschaffen, und es wird gemeinsam an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch der taubstummen Kollegen gearbeitet. Sie bedürfen auch dringend der Unterstützung, damit ihnen ihr schweres Los erleichtert wird. Die taubstummen Kollegen wollen nicht mehr Lohnrücker sein und von der Gnade der Taubstummenaufstalten abhängen, sondern sie wollen freie Menschen sein und mitkämpfen an der Befreiung der Arbeiter. — Unsere nächste Versammlung findet am 7. August statt.

Freudenstadt. Am 11. Juli fand hier eine Bezirksversammlung der Betriebsvertrauensleute aus den Zahlstellen Freudenstadt, Dornkotten, Mittellal, Pfalzgrafenweiler, Schiltach, Loßburg und Ergarube statt. Insgesamt waren 42 Vertreter, meistens Sägereiarbeiter, anwesend. Zunächst wurden Organisationsfragen behandelt und dabei festgestellt, daß unser Verband in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht hat, so daß wir jetzt im Oberamt Freudenstadt etwa 500 Verbandsmitglieder zählen. Nachgelassen hat der Organisationsgedanke bei den Freudenstädter Sägereiern, natürlich zu deren eigenem Nachteil. Denn während in allen Sägewerken, wo die Kollegen fast reiflos organisiert sind, die Tariflöhne hochgehalten werden, arbeiten diese Sägereier zum Teil unter den Tariflöhnen. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb können Betriebsvereinigungen nicht verhindert werden. Nach einem Bericht über die letzten Tarifverhandlungen referierte Bezirksleiter Schöndorger über die gegenwärtige Geschäftslage in der Holzindustrie und erläuterte die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter bei Betriebsänderungen. Alle Kollegen brachten zum Ausdruck, daß jetzt erst recht die Organisation aufrechterhalten werden müsse, damit jede Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgewehrt werden kann. Die Versammlung hat in diesem Sinne gearbeitet, und wurde der Wunsch laut, solche Bezirksversammlungen in gewissen Zeiträumen zu wiederholen.

Waldsiedlung. Im benachbarten, Waltersdorf sind die Sägewerksbesitzer Herr Pähnel und Köcher am Werk, die Kollegen um die Tariflöhne zu prellen. Der Schlichtungsausschuß hatte der Kollegen den Tariflohn nach Klasse III des sächsischen Sägewerksvertrages zugesprochen, und zwar vom 16. April an. Die beiden Unternehmer zahlten diesen Lohn aber erst vom 7. Juni an, den Restbetrag müssen die Kollegen erst noch einlegen. Herr Köcher, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei, hatte allen Arbeitern gekündigt, ohne vorher die Arbeitszeit einzuschränken. Jetzt, nachdem die Arbeiter entlassen sind, teilt er dem Betriebsrat mit, daß er wieder voll arbeiten lassen würde, wenn die Arbeiter sich mit dem Lohn der Klasse IV begnügen, andernfalls hätte er nur für drei Tage in der Woche Arbeit. Wir danken Herrn Köcher für sein offenes Wort und werden verstehen, zu gegebenem Zeit die richtige Antwort zu geben. Die Kollegen finden auch jetzt in der Organisation die Unterstützung, die im Kampf gegen solche Unternehmer notwendig ist.

Küstrin. Als in den ersten Wochen der Revolution unsere Zehntel einen großen Aufschwung nahm, glaubten wir, daß nun auch für die Küstriner Solgarbeiter eine andere und bessere Zeit anbrechen würde. Leider war die Vegetierung bei weitem nur Strohhalm, bemerkbar machte sich das an dem Besuch der Mitgliederversammlungen. Kolleginnen und Kollegen, das muß anders werden. Die Uneinigkeit und Selbstverleumdung läßt uns ins Unglück. Jetzt schon sind die Unternehmer dabei, auf eine Reduzierung der Löhne hinzuwirken. Auch arbeiten sie gegen das ihnen unbequeme Betriebsrätegesetz. Darum heißt es: einig sein, die Versammlungen besuchen und die Verwaltung unterstützen, dann werden wir auch einen Weg finden, um zu unserem Recht zu kommen. Nicht das Schlimpfen auf die Verwaltung bringt uns vorwärts, sondern nur die tätige und freudige Mitarbeit aller Mitglieder. Manche Kollegen finden nur dann den Weg zum Verband und in die Versammlungen, wenn sie in Not und Bedrängnis sind. Unseren Mahnruf mögen auch die Kolleginnen der Mathesfabriken und von Schumann beachten. Also, Kolleginnen und Kollegen, zeigt ever Interesse an der Verbandsache, die eure eigene Sache ist.

Peitz. Bei der Firma Carl Kuhmeier, Möbelfabrik und landgewerbliche Werkstatt, wurde der Bevollmächtigte der hiesigen Zahlstelle kurzweil entlassen, trotzdem er 17 Jahre dort beschäftigt war, weil er sich weigerte, eine sieben Monate lang liegengelassene Arbeit innerhalb eines anderen Monats fertigzustellen. Dem Kuhmeier genügte aber die Entlassung unseres Kollegen noch nicht, er veranlaßte auch noch den Obermeister der hiesigen Tischlerinnung, ein Rundschreiben an sämtliche Meister am Ort ergehen zu lassen mit der Aufforderung, den Kollegen nicht einzustellen. Ferner wandte sich Kuhmeier an einige Fabriken am Ort und in der Umgebung ebenfalls mit dem Ersuchen, den Kollegen nicht einzustellen, und auch mit Erfolg. Endlich gelang es dem Kollegen, in einem anderen Beruf unterzukommen; doch als Kuhmeier dies erfahren hatte, verlangte er auch dort die Entlassung. Diesmal aber ohne Erfolg. Jetzt wandte er sich wieder an den Kollegen, um ihn in seinen Betrieb zurückzubolen, was unser Kollege aber dankend ablehnte. Ähnlich erging es noch einem Eintrübter. Da Kuhmeier öfters in der „Solgarbeiter-Zeitung“ Leute sucht, mögen die Kollegen daran denken, wer Kuhmeier ist.

„Holzarbeiter-Zeitung“ zu erfüllen hat, zu bedauern ist, so müssen wir uns doch damit abfinden. Die Redaktion wird sich bemühen, durch sorgfältigere Auswahl des Stoffes den Raumverlust nach Möglichkeit wettzumachen. Wir müssen aber schon im Voraus unsere Mitarbeiter, insbesondere auch die Berichterstatter aus den Fachstellen bitten, bei ihren Aufsätzen auf die Raumersparnis Rücksicht zu nehmen.

Der Verbandsvorstand hat gleichzeitig beschlossen, der „Holzarbeiter-Zeitung“ monatlich eine Betriebsräte-Beilage zu geben. Die Angelegenheiten der Betriebsräte sind auch seither in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht vernachlässigt worden. Durch die Einrichtung einer besonderen Beilage soll der Stoff übersichtlicher dargestellt werden. Die geplante Beilage soll die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene „Betriebsräte-Zeitung“ nicht ersetzen, sie soll sie vielmehr ergänzen, indem sie ihr Augenmerk vornehmlich den Angelegenheiten zuwendet, welche die Betriebsräte in der Holzindustrie interessieren. Mit der Herausgabe dieser Beilage soll so schnell wie möglich begonnen werden.

Die neuen Satzungen des Arbeitgeber-Schutzverbandes.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe hat auf der Generalversammlung in Würzburg seine Organisation auf eine neue Grundlage gestellt. Nach den neuen Satzungen, die am 1. August in Kraft treten, gliedert sich der Verband in Gauverbände, die sich aus Bezirks- und Ortsverbänden und Einzelmitgliedern zusammensetzen. Das gesamte Reichsgebiet ist in 15 Gauen geteilt, nämlich: 1. Groß-Berlin, 2. Brandenburg und Pommern, 3. Mecklenburg, 4. Schleswig-Holstein und Hamburg, 5. Hannover, Bremen, Oldenburg, 6. Westfalen, Rheinland, Hessen, 7. Besehtes Gebiet, 8. Baden, 9. Württemberg und Hohenzollern, 10. Südbayern, 11. Nordbayern, 12. Thüringen, 13. Sachsen, 14. Schlesien, 15. Ostpreußen.

Die Gauverbände sind selbständig; sie schaffen sich eigene Statuten, halten eigene Generalversammlungen und wählen ihren Gauvorstand und den Gauleiter. Sie sind in der Entscheidungsfreiheit nur insoweit beschränkt, als ihre Satzungen und Beschlüsse den Bestimmungen des Verbandes nicht zuwiderlaufen dürfen. Über die Beiträge beschließen die Gauen selbständig, sie haben nur einen regelmäßigen Beitrag an die Zentralkasse abzuführen. Dieser bemisst sich nach den von den Mitgliedsfirmen im vorausgegangenen Jahre der Berufsgenossenschaft angemeldeten Lohnsummen und beträgt für 1000 Mk. Lohnsumme jährlich 1,60 Mk.; für jedes einzelne Mitglied beträgt der Mindestbeitrag 36 Mk. pro Jahr. In

den Ausschuss wählt jeder Gau eine Vertretung, deren Stärke nach der im Gau gezahlten Lohnsumme bemessen wird. Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte den einsitzigen Vorstand und kontrolliert dessen Tätigkeit. Das oberste Organ ist die Generalversammlung, auf der jedoch nicht nach Köpfen, sondern nach der ausgeübten Lohnsumme abgestimmt wird. Der Ausschuss hat auf je 500 000 Mk. Lohnsumme eine Stimme entfällt. Bei der Umordnung von allgemeinen Arbeitseinstellungen und bei Maßnahmen, die eine allgemeine Streikankündigung der Arbeiter zur Folge haben können, ist Zweidrittelmehrheit der vertretenen Stimmen erforderlich.

Dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes gehören zurzeit an: Konie z n y (Dreslau), Pa e t h (Berlin), We i n l a n d (Berlin), Dr. W e n d l e r (Württemberg), H a g e n a h (Leipzig), W e i g a n d (Hamburg), A u ß l i n g e r (München), V e r g m ü l l e r (München), B r a c h (Bremen), W i e g e l (Kassel) und Z i m m e r m a n n (Gießen).

Soziale Rechtspflege.

Die Lehrlingsbestimmungen im Tarifvertrag.

Von den Innungsorganisationen wird ein hartnäckiger Kampf gegen die vertragliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse geführt. Sie vertreten hierbei die Auffassung, daß die Lehrlinge keine gewerblichen Arbeiter seien und daß nach der Gewerbeordnung den Innungen und Handwerkskammern allein das Recht vorbehalten sei, die Lehrlingsverhältnisse zu regeln. Auch die Arbeitgeber in Halle a. S. vertraten diese Auffassung. Schon bei dem großen Streik wegen der Anerkennung des Reichstaris, den unsere Kollegen in Halle zu führen gezwungen waren, spielte der Widerstand der Unternehmer gegen die das Lehrlingswesen betreffenden Paragraphen eine große Rolle. Beim Abschluß des Streiks machten sie auch hinsichtlich dieses Punktes einen Vorbehalt. Dieser wurde aber hinfällig durch die Annahme des Reichsarbeitsministeriums gefällten Schiedspruchs durch den Arbeitgeber-Schutzverband. Durch die am 3. Februar dieses Jahres vom Vorstand des Schutzverbandes abgegebene Erklärung hatte der Reichstaris und mit ihm die Bestimmungen über das Lehrlingswesen auch für Halle Rechtskraft erlangt. Arbeitgeber-Schutzverband und Tischler-Zwangsinnung in Halle traten aber trotz wiederholter Aufforderung durch unsre Ortsverwaltung nicht zur Durchführung der Lehrlingsbestimmungen. Im Gegenteil beschloß die Zwangsinnung die Einführung der vierjährigen Lehrzeit und Einschulungssätze von 20, 40, 60 und 80 Pf. pro Stunde in den vier Lehrjahren. Diese Beschlüsse machte sich auch der Schutzverband zu eigen. In wiederholter deswegen gepflogenen

Verhandlungen erklärten die Unternehmer, daß sie sich an die Bestimmungen der Gewerbeordnung halten, die durch den Tarifvertrag nicht außer Kraft gesetzt werden könnten. Schließlich wurde von unsrer Verwaltung der Schlichtungsausschuss anrufen, dem an Hand zahlreicher Einzelfälle gezeigt wurde, wie die Unternehmer fortgesetzt den Tarifvertrag verletzen. Am 2. Juli hat nun der Schlichtungsausschuss eine Entscheidung gefaßt, die in diesen Dingen Klarheit schafft. Der Schiedspruch lautet:

Der Lehrvertrag kann grundsätzlich tariflich geregelt werden. Die Regelung darf nur nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen. Die im Reichstaris für das deutsche Holzgewerbe, Absatz 12, stehenden Bestimmungen verstoßen nicht gegen das Gesetz. Sie haben daher uneingeschränkte Geltung für den Arbeitgeber-Schutzverband.

Für die Tischler-Zwangsinnung werden dieselben Bestimmungen mit diesem Schiedspruch eingeführt. Sie verstoßen nach Überzeugung des Schlichtungsausschusses nicht gegen gesetzliche Bestimmungen. Ganz gleich, ob die Innung am 15. Januar 1920 Bestimmungen getroffen hat, die dem Schiedspruch vom 18. Oktober 1919 entsprechen, den Bestimmungen des angezogenen Reichstaris für das Holzgewerbe aber widersprechen.

Diese Entscheidung ist deshalb besonders wertvoll, weil der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Professor Joergens, ein Jurist von Ruf und Lehrer der Rechtswissenschaft an der Universität Halle ist. Die Unternehmer sind mit diesem Schiedspruch allerdings sehr unzufrieden und haben ihn abgelehnt, dagegen haben unsre Kollegen die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Der Reichswirtschaftsrat. Voller Wortlaut der Verordnung nebst einem vollständigen Verzeichnis der in ihm vertretenen Organisationen und Personen. Seine Entstehung, seine Rechte und Aufgaben. Von Georg Blich, Referent im Reichswirtschaftsministerium. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Friedenau. Preis 2,50 Mk.

Die Erhaltung der deutschen Ernährungsfrost. Von Georg Davidowitsch. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund (Johannes Michaelis), Berlin SO. 16, Engelshof 19. Preis 80 Pf.

Gestorbene Mitglieder:

Offiz. Johann Schob Minor, 58 Jahre, Schönbach i. Schl. Emil Steinbauer, Tischler, 53 J. Maria. August Ernst, 81 Jahre, Kottbus, Götze, 47 Jahre, Götze, 41 J. Sabina, Otto Schumann, Korbmacher, 38 Jahre, Würzburg, Jakob Fleck, Schreiner, 49 Jahre, Ihre ihren Angehörigen!

Anzeigen der Fachstellen

Grünberg i. Schl. Unsere Monatsversammlung findet am 7. August, ebenfalls 7½ Uhr im „Weißen Hof“ statt. Die Ortsverwaltung.
Hemer (Sa. Paderborn). Durchreisende Holzrücken werden erlaubt, das Umkleenetz zu benutzen. Verboten ist jedoch die Benutzung der Wägen, Sessel, Stühle, Tische, etc.
Naage (Schlesienberg). Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, haben bei uns vorher beim Kollegen Friedrich Wölke, Stra. 2, zu melden.
Goran (Schlesienberg). Die Berufsgenossenschaft wird hier in der Person des Herrn G. Goran, Leiter der Berufsgenossenschaft, vertreten. Seine Adresse ist: Dresden, Bismarckstr. 12.
Hermann Schaffner Dresden, aus Wiederaufnahme des Berufs, oder andere, die ihn kennen, werden aufgefordert, seine Adresse zu melden an Max. Schmid, Tischl., Dresden, Georgenstr. 100.

2 bis 3 Bau- und Möbelhölzer

für dauernde Beschäftigung stellt bei gutem Stundenlohn sofort ein (Stelle wird nach 1½ Jahren, falls nicht zur Hälfte veräußert) Gust. Rudolph, Bau- u. Möbelhölzer, Landwehrstr. 1.

Geht 1. Wirt, Polierer u. Vergolder

in die Schweiz. Wegen der Grenzüberwindung können nur alleinstehende (ledig) Bewerber in Betracht. Grenzüberwindung wird besorgt. Offerten sind zu richten an Heinrich Seeger, St. Gellen-Str., Zähringenstr. 2.

Erfahrene Betzer und Polierer

die theoretische und praktische Theorie über Holz und Polieren erlangen und die einschlägige Rundschau in den Händen gefaßt haben. Offerten sind mit näherem Angaben einzusenden unter A. S. 516 an D. Exp. d. H. B.

Großer Garten in der Weinbergstraße, Leipzig

wird für die Holzwerkerei u. Schreinerlei zu etwa 25 Personen **Polierer - Maler** übergeben.

Anteilhaber an Holzwerkerei

ausfinden. Holzwerkerei unter „A. S. 507“ an die Redaktion der Holzarbeiter-Zeitung.

Einem Drechsler

auf bessere Möbel sollte sein. Holzwerkerei, Dresden, 104.

Einem Drechsler

auf bessere Möbel sollte sein. Holzwerkerei, Dresden, 104.

3 Korbmacher

aufgeschlagenes i. nach, Zairig Franz Ulrich, Reicheberg.

Altterer Korbmachermeister

sucht Stellung auf Reparatur u. etwas Geschlagenes unt. bescheid. Anspr., bei Kost u. Logis im Hause. Gustav Stobach, Staffurst b. Madga., Waffstr. 15.

Ein Korbmacher

für Holz- und Grünholzgeschäft, Karl Körner, Korbmacherei, Erbe a. S., Schlöthstraße 15.

Korbmacherlehrling

mit allen Lebensbedingungen vertraut, sofort gesucht. Zust. erl. G. Grise, Minden in Westfalen, Gemarkung 4.

Einem Korbmacher

für dauernde Arbeit auf Holz- und Grünholzgeschäft stellt sich sofort ein (Kost und Logis im Hause) Fritz Höpfer, Korbmachermeister, Holzsch. bei Düren, Röhstr. 17.

1 Bürstenmacher

der auch Klappstühle zu machen versteht, sowie ein Bürstenholzdrechsler, der auch mit den übrigen Holzbearbeitungsmaschinen umgehen kann, gesucht. August Hehberg, Sameln, Büschen, Wesen- und Bielefeld.

Stuhllechtröhre!

Natur, sofort lieferbar. Naturrohr Nr. 2 70 Mk., Nr. 3 67 Mk., Nr. 4 65 Mk. per Pfund. Preise freibleibend. Walther, Dresden 22, Rehefelder Str. 53.

Tischlerhobelmänke

200cm lang, in best. Ausführung 550 M. Eiserns Hobelbankspindeln pro Paar 80 „ Hobelbankstahlen 20 „ Lieferung kann sofort erfolgen. Geb. Haase, G.m.b.H., Hobelbankfabrik, Liegnitz.

Hölzerne Schabhobel

(sogenannte Bastrins), eiserner Hobelbankspindeln für Tischler- und Stuhlhersteller, Fernerhobelspindeln, Hobelbankstahnen usw. hier sofort ab Lager.

W. Zemmerich & Sohn

DRESDEN A.1, Josephinenstraße 22.

Werkzeug - Neuheiten

Verlangen Sie sofort Preisliste. Otto Bergmann, Berlin SO., Oppenauer Str. 31.

Schöne Intarsien-Holzeinlagen

für Möbel, Schatullen Maxim. Weiß, Leipzig 3.

Ia Mattine, conc., zum

Verdünnen mit Spiritus 30 Mk. p. Lt. Ia Enamellack für Küchen, Fenster und Türen 24 Mk. p. kg. Chem. Fabrik Rud. Oetke, Berlin SO 33, Liebhener Straße 1 :: Amt Moritzplatz 1709.

G. HELWIG, FRANKFURT

a. Main-West Bekannte Spezialfabrik für Mattierungen, Polituren und Politurlacken, Schellack u. Abbeizmittel

Leim- und Furnieröfen

fertigen als Spezialität, Prospekt gratis, Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. 1.

Leim, Schellack

kaufen jeden Partien. Handlung chem. Produkte, Berlin O. 34, Wilhelm-Stolze-Str. 28. Kgst. 7317.

Patent - Erfindung Ober- u. Selbst-Anmeldung nur gegen Rückporto von K. Berbig, Hannover, Rettwallstraße 5A. Auch Firmen sehr empfindlich wert.



Rückensäge, gerade und gekrümmt, alle Größen, sowie Furnierschneider zu billigsten Preisen. Kollegen als Wiederverkäufer für größere Zahlenstellen gesucht. GEORG REUTER, MÜNCHEN, Herzogspitalstraße Nr. 23.

Holzimprägniermittel m. neuest. Erzeugn., vermind. jed. Reif. d. Holz. nach d. Einlag. durch einf. Anstrich d. Hirnfläch. Muster 3¼ kg-Kanne netto à kg 9,50 M. ab hier. Alleiniger Fabrikant J. Nissen, Fabrik chem. Produkte, Frankfurt a. M., Rohrbachstr. 53.

Schlagmetall kauft Kollege Willi Dils, Vergolder, Berlin SO 15, Köpenicker Str. 115. Kunstgewerbliche Tischler-Fachschule Cöthen. Erste deutsche Holz- u. Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamteten. Programm kostenlos durch die Direktion.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
Berlin SO. 16 G. m. b. H. Am Kölln. Park 2
Buchhandlung für die Mitglieder des Verbandes
Telephon: Amt Moritzplatz 147 19 :: Postfachkonto: Berlin 28397

Der Wagenfabrikant, theoretisch-praktisches Handbuch für alle beim Wagenaufbau betriebl. Handwerker und Schreinermeister. Herausgegeben von Wilhelm Franz. Dritte, umgearbeitete Auflage. Mit einem Atlas und 32 Tafeln. 1920. 16,50 Mk. Gebunden für Wagenaufb. I. Teil. Das Fachwissen für den Wagenaufb. von J. Wehneke. 32,50 Mk. **Formelbuch** für Tischler, Drechsler, Tischler- u. Stuhlhersteller. Herausgegeben von J. Wehneke. 21,50 Mk. **Der Oefenwagen** zum Automobil. Geschichte der Oefenwagen und der Schraffens von 1870 bis zur Gegenwart. Von Hugo Weiß. Mit 34 Abbildungen. 1920. 4,50 Mk. **Der Wagenbau**, die Veranschaulichung der Wagenbaukunst. Herausgegeben von J. Schaffert. 14 Tafeln in 3 Hefen. 12,50 Mk. **Moderne Geschichtswagen**, 100 Jahre Holzschreibens- und Tischlerbau. Von H. Wehneke. 25,50 Mk. **Werkzeuge**, 100 Jahre, Sammlung moderner Werkzeuge für die Praxis mit Beschreibung und Abbildung. Von H. Wehneke. 45,25 Mk. **Lehrbuch des Stellmachers**, Heft 2. Herausgegeben von dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 2,50 Mk. **Einführung**, Werkzeuge und Kalibrieren des Wagens in Frage und Antwort. Von Prof. Dr. Heinrich Hiesche. 1,50 Mk. **Der Stellmacher-Lehrbuch**, Praktischer Ratgeber für die Stellmacher bei der Herstellung der Wagen. Herausgegeben von Paul Hiesche. 2,15 Mk. **Werkzeuge für junge Handwerker** für Tischler, Drechsler, Tischlerhölzer. Herausgegeben von Prof. Dr. H. Jung. 0,75 Mk.

Handbuch der Drechslerei, bearbeitet von Prof. Ehr. Hermann Walde und Hugo Knappe. Mit 592 Textabbildungen. 1905. 9,50 Mk. **Der Drechsler**, von C. H. Martin. Ein Handbuch für Tischler- und Schreiner, vollständig neu bearbeitete Auflage. Herausgegeben von S. Margraf. Mit 72 Textabbildungen. 1905. 21,50 Mk. **Das gesamte Drechslergewerbe**, Handbuch für Drechsler, umfassend Werkzeuge, Hilfsmittel, Arbeitsmethoden und Materialkunde für sämtliche Zweige dieses Gewerbes. Herausgegeben von R. Stübgen. Textband 316 Seiten. Atlas mit 15 Seiten, enthalten 361 Figuren. 1905. 16,50 Mk. **Handbuch der Ornamentik**, unter besonderer Berücksichtigung der Herstellung solcher Formen. Verfasst von Hugo Knappe. 8,50 Mk. **Der Drechsler-Lehrbuch**, Praktischer Ratgeber für die Drechsler bei der Ausführung der Arbeiten. Herausgegeben von Paul Hiesche. 2,15 Mk. **Der Pianofortebau**, Von Julius Blüthner und Dr. Grätzschel. Theorie und Praxis der Bauart der Flügel- und Pianofortes, nebst einer Einführung in die Geschichte des Pianofortes und einem kurzen Überblick über die Musikinstrumente. Dritte Auflage. Herausgegeben von Rob. Hannemann. Mit 116 Textabbildungen. 1905. 21,50 Mk. **Das Harmonium**, sein Bau und seine Behandlung. Von W. Wipperfurth. Dritte Auflage mit 14 Figurentafeln. 9,00 Mk. **Klavir, Orgel, Harmonium**, Die Weisen der Kosteninstrumente von Prof. Dr. Oskar Wie. 5,25 Mk.

Bestellungen erfolgen zweckmäßig auf dem Abschnitt der Postkarte, die beiliegen. Bei Vorbestellung des Betrages Zahlung portofrei. Bei Nachnahme werden Spesen berechnet.